

Das Kabinett Ribot vor der Kammer.

Bern, 22. März.

Den Lyoner Blättern zufolge wurden die Erklärungen des Ministerpräsidenten Ribot in der Kammer beifällig aufgenommen.

Bei Begründung seiner Interpellation erklärte Deputierter Dubois, er sei besorgt über die Beziehungen der Regierung zum Oberkommando. Die Regierung müsse die Verwendung der Kriegsmittel kontrollieren. Es sei für die allgemeine Kriegführung notwendig, eine gleichwertige militärische und wirtschaftliche Organisation zu schaffen. Die Kontrolle des Kriegskomitees müsse sich auf alle Alliierten erstrecken. Es wäre gut, wenn ein technischer Generalstab organisiert würde, um als Ratgeber des Kriegskomitees zu dienen. Das Kriegskomitee müsse alle technischen und moralischen Autoritäten besitzen, um seinen Willen durchsetzen zu können. Die Regierung müsse der Kammer Erklärungen darüber abgeben, damit diese ihre Verantwortlichkeiten kenne.

Robert gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Ministerpräsident Ribot in seiner Erklärung die landwirtschaftliche Lage als nicht beunruhigend bezeichnete. Hier seien Handlungen und nicht Worte vonnöten.

Chaumie fragte, was die neue Regierung Neues in ihr Aktionsprogramm aufgenommen habe.

Augagneur erklärte, die Zensurfrage sei der wichtigste Punkt. Seit zwei Jahren sei der Geisteszustand des Landes durch das Verbot, schlechte Nachrichten zu kommentieren, verfälscht worden. Man habe dadurch einen gefährlichen falschen Optimismus geschaffen, der alle Energie töte.

Landry verlangte eine bessere Zusammenarbeit aller Verwaltungsstellen und eine engere Zusammenarbeit aller Alliierten in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Ribot über die Lage.

Ministerpräsident Ribot erwiderte, man könne die neue Regierung noch nicht beurteilen, sondern müsse ihre Handlungen abwarten. Er habe bei seiner Kabinettsbildung alle Mitglieder des früheren Kabinetts beibehalten wollen. Es handle sich jedoch nicht um Personen, sondern um die Landesverteidigung. Deshalb habe er sich nicht um eine proportionale Vertretung der Parteien gekümmert, noch darum, ob man dieser oder jener Gruppe angehört, wenn man nur dem Vaterlande und der Landesverteidigung zugehörig sei.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten riefen Beweegung und Unruhe auf einigen Bänken hervor, worauf Ribot fortfuhr, die Regierung sei nicht nur eine Versammlung von Kompetenzen, sondern es müsse eine Verständigung zwischen den einzelnen Ministern für die gemeinsame Sache erzielt werden, die der Ministerpräsident leite. Bezüglich der allgemeinen Kriegführung habe die Regierung die Verantwortung vor dem Parlament. Er könne es daher nicht zulassen, daß andere verantwortliche Regierungsstellen geschaffen würden, welche der Regierung gegenüber einen Vorrang besäßen, denn die Kriegführung sei heute Aufgabe der Regierung.

Dubois unterbrach den Ministerpräsidenten und erklärte wiederholt, eine Kontrolle sei notwendig.

Ministerpräsident Ribot forderte nochmals Vertrauen und erklärte, dem Lande müsse die Wahrheit gesagt werden; deshalb würden Übertreibungen oder falsche Nachrichten unterdrückt. Ribot erklärte sodann, er werde jede Kritik gegen die Regierung gestatten. Es sei besser so, als daß Kritiken in den Wandelgängen des Parlaments Anlaß zu Reibereien gäben. (Lebhafte Beifall.)

Der Ministerpräsident sprach dann von dem deutschen Raubzuge, der von unerhörten Greuelthaten begleitet sei. Frankreich sei kein Raubstaat. Es wolle nur seine verlorenen Provinzen und materielle Garantien; aber diese reuigten nicht, deshalb seien moralische Garantien notwendig. Wenn Wilson die Bildung einer Gesellschaft der Nationen vorschläge, nehme Frankreich dies an, aber nur demokratische Nationen seien

wirklich Herren ihres Geschickes. (Lebhafte Beifall links und auf der äußersten Linken.)

Ribot beglückwünschte Johann Ruzland zur Revolution und widmete dem Zaren als dem aufrichtigen Freunde Frankreichs warme Worte. Man müsse hoffen, daß die russische Revolution auch ferner ohne Blutvergießen verlaufe und für andere Länder als Beispiel diene.

Die Kammer und das Land müßten Vertrauen zur Regierung haben. Alle Fragen, die nur für Friedenszeiten in Betracht kämen, müßten beiseite gestellt werden. Man müsse alles, sogar das Leben, dem Vaterlande opfern.

Lafferre forderte Johann nochmals scharfe Maßnahmen und eine wirkliche Aktionspolitik der Regierung in wirtschaftlichen Fragen.

Hierauf wurde der Regierung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Das Verhältnis der französischen Regierung zum Oberkommando.

Genf, 21. März.

Die Erklärung der französischen Regierung vor der Kammer sagt über das Verhältnis des Ministeriums zum Oberkommando noch folgendes: Die Regierung hat die Bestimmung über alles, was die Organisation und den Unterhalt der Heere betrifft. Sie ist das notwendige Organ für die Beziehungen zu den verbündeten Regierungen, um volle Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken der verbündeten Heere zu sichern, läßt aber dem von ihr ernannten Oberbefehlshaber volle Freiheit in Entwurf, Vorbereitung und Leitung der Operationen.

Die Erklärung weist weiter auf die Notwendigkeit voller Uebereinstimmung zwischen der Regierung und der Kammer hin und betont die Wichtigkeit des gegenseitigen Vertrauens in den Angelegenheiten der Presse, welche die öffentliche Meinung aufklären und stützen müsse. Die Regierung werde falsche Nachrichten sowie Versuche, die Einrichtungen der Republik verächtlich zu machen, unterdrücken, aber die Freiheit der Meinungsäußerung achten. In den Säzen über die Finanzen werden neue Steuern als notwendig zur Zahlung der Anleihezinsen bezeichnet. Dies seien Ueberwiegend Zahlungen an das Ausland, die ernste Besorgnisse erweckten und die man einschränken müsse, ohne jedoch dadurch die Landesverteidigung zu schädigen.